



Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin:	Freitag, 23.02.2024
Sitzungsbeginn:	16:37 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesend

Vorsitz

Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	
-------------------------------------	--

reguläre Mitglieder

Hermann Heck - CDU	
Marco Nezi - B90/Die Grünen	
Thorsten Büchner - SPD	
Miguel Angel Sánchez Arvelo - Die Linke	
Maik Schöniger - Klimaliste Marburg	
Dirk Bamberger - CDU	
Walter Jugel - CDU	
Winfried Kissel - CDU	
Phillip Knaack - CDU	
Niklas Köhler - CDU	
Lars Küllmer - CDU	
Jelena Noe - CDU	
Roger Pfalz - CDU	
Karin Schaffner - CDU	
Jens Seipp - CDU	
Birgit von Barga - CDU	
Jan von Ploetz - CDU	
Lisa Deißler - FDP	
Michael Selinka - FDP	
Roland Frese - BfM	

Andrea Suntheim-Pichler - BfM	
Lena Frewer - B90/Die Grünen	
Sarah Kastner - B90/Die Grünen	ab 17:20 Uhr, TOP 15.16/15.17
Dr. Payam Katebini - B90/Die Grünen	
Marion Messik - B90/Die Grünen	
Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Lukas Ramsaier - B90/Die Grünen	bis 19:30 Uhr, TOP 9
Katharina Rink - B90/Die Grünen	
Martina Rupp - B90/Die Grünen	
Christian Schmidt - B90/Die Grünen	
Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Uwe Volz - B90/Die Grünen	
Maximilian Walz - B90/Die Grünen	
Liban Abdirahman Farah - SPD	
Fatma Aydin - SPD	
Bettina Böttcher-Dutton - SPD	
Felix Burghardt - SPD	
Asmah El-Shabassy - SPD	
Schaker Hussein - SPD	
Alexandra Klusmann - SPD	
Erika Lotz-Halilovic - SPD	
Dr. Mohammad Malmanesh - SPD	
Steffen Rink - SPD	
Matthias Simon - SPD	
Gerald Weidemann - SPD	
Anna Maria Zels - SPD	
Renate Bastian - Die Linke	
Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke	
Roland Böhm - Marburger Linke	
Anja Kerstin Meier-Lercher - Marburger Linke	
Jan Schalauske - Die Linke	
Inge Sturm - Marburger Linke	
Mariele Sofi Diehl - Klimaliste Marburg	
Salomon Lips - Klimaliste Marburg	
Matthias Pozzi - AfD	
Dr. Michael Weber - Piratenpartei	

Magistratsmitglieder

Dr. Thomas Spies - SPD	
------------------------	--

Nadine Bernshausen - B90/Die Grünen	
Kirsten Dinnebier - SPD	
Dr. Michael Kopatz -	
Christoph Ditschler - FDP	
Henning Köster-Sollwedel - Die Linke	
Alev Laßmann - B90/Die Grünen	
Prof. Dr. Lars Opgenoorth - Klimaliste Marburg	
Anne Oppermann - CDU	
Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen	
Ulrich Severin - SPD	
Marina Siffermann-Gorr - CDU	
Roland Stürmer - B90/Die Grünen	
Sevim Yüzgülen - SPD	

Protokollführung

Lothar Sprenger – Fachdienst kommunale Gremien	
--	--

Abwesend

reguläre Mitglieder

Jana Ullrich - Klimaliste Marburg	entschuldigt
Dietmar Götting -	entschuldigt

Magistratsmitglieder

Marianne Wölk - SPD	entschuldigt
---------------------	--------------

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Neuwohner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Anschließend trägt die Stadtverordnetenvorsteherin die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen und der im Ältestenrat getroffenen Absprachen. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Anmerkung:

Zu den Tagesordnungspunkten 15.16, 15.17, 9, 15.3, 15.8 und 15.10 ist Aussprache bzw. Aussprache in Form eines Setzpunktes angemeldet. Sie werden in der genannten Reihenfolge in der Tagesordnung vorgezogen und unmittelbar nach TOP 5 aufgerufen. Die Reihenfolge der Nummerierung in der Niederschrift bleibt davon unberührt.

Von 18:25 Uhr (TOP 9) bis 19:35 Uhr (TOP 15.3) hat der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Schöniger die Sitzungsleitung inne.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.01.2024

Die Niederschrift ist allen Mitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen werden nicht gewünscht. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 8 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Sicherlich teilt der Magistrat die Einschätzung der unverzichtbaren Leistungen gerade im Breitensport durch die SF/BG Marburg und weiß um die nicht mehr tragba-

ren Sanitär- und Umkleidebedingungen, deshalb kann der Magistrat Auskunft geben, wann mit einem Bescheid des im April 2023 eingereichten Bauantrags für das neue Vereinsheim zu rechnen ist?

Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Es handelt sich um ein komplexes Bauvorhaben. Der Neubau des Vereinsheims umfasst nicht lediglich Sanitär- und Umkleidekabinen, sondern auch Aufenthaltsräume mit gastronomischem Angebot sowie eine große Dachterrasse. Aufgrund der seit vielen Jahren bestehenden Konfliktlage mit der Nachbarschaft hinsichtlich der Lärm- und Lichtemissionen durch die Sportanlage ist eine umfassende Prüfung erforderlich. Es sind daher zahlreiche Stellungnahmen verschiedener Fachdienste einzuholen, von denen zwei noch fehlen. Zudem sind auch die Bauvorlagen des Bauherrn noch nicht vollständig. Es besteht die Absicht, den Bauantrag so bald als möglich zu bescheiden, ein verbindlicher Zeitpunkt kann jedoch vor diesem Hintergrund nicht genannt werden.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Ist dem Magistrat bewusst, dass durch die lange Laufzeit des Genehmigungsverfahrens und der im Januar 2024 erfolgten Streichung des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur", mögliche Fördergelder verloren gegangen sein könnten?

Antwort durch:	FD 42 - Sport
Dezernent*in:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Antragsformulare des Bundesprogrammes „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ beinhalteten kein Vorliegen einer Baugenehmigung. Lediglich der Planungsstand mit Kostenkalkulationen war gefordert. Insofern hatte auch die Länge des Genehmigungsverfahrens keinen Einfluss auf eine Aufnahme in das Förderprogramm. Insgesamt sind aus dem Bundesgebiet 814 Projektskizzen beim Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen eingegangen.

Der einzige Antrag seitens der Stadt Marburg über den Fachdienstes Sport aus dem

Jahr 2023 wurde im September 2023 fristgemäß und vollständig gestellt. Ein Bescheid oder eine Antwort des zuständigen Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung liegen bis heute nicht vor.

Insofern ist das Baugenehmigungsverfahren unabhängig von der Antragstellung zur Aufnahme in das Bundesprogramm zu sehen.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Die Eintrittspreise zum Marburger Schloss ist eine Sache eines Kuratoriums, so antwortet der Oberbürgermeister Dr. Spies auf die kleine Anfrage 03 in der öffentlichen Sitzung STVV der Universitätsstadt Marburg vom Freitag, 15.12.2023. Zu welchen Zeitpunkten tagt das Kuratorium, wer sind die und deren Anzahl, der entscheidenden Personen?

Antwort durch:	011 – Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Dezernent*in:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme / Antwort:

Die aktuellen Eintrittspreise gelten für den laufenden Betrieb und wurden von Präsidium der Philipps Universität Marburg festgelegt. Wie in der Kleinen Anfrage vom 15.12.2023 beschrieben:

„Die Erhöhung der Eintrittspreise ist zunächst unabhängig von den gemeinsamen Bemühungen der Stadt Marburg und der Universität zu sehen, da sich diese vor allem auf die zukünftige Gestaltung berufen. Mit dieser zukünftigen Gestaltung sind auch Fragen zur Finanzierung bzw. zu den Eintrittspreisen für das Schloss verbunden.

Wir werden uns dennoch bemühen, das Thema der höheren Eintrittspreise bei einer Kuratoriumssitzung anzusprechen.“

Das Kuratorium wurde von Universität und Stadt berufen und begleitet zusammen mit einem Beirat die Schloss-Entwicklung „Landgrafenschloss der Zukunft“. Es setzt sich aus rund 20 Vertreter*innen öffentlicher und gemeinwohlorientierter Einrichtungen zusammen und tagt zusammen mit dem Lenkungskreis „Landgrafenschloss der Zukunft“ zweimal im Jahr. Die letzte Sitzung war am 30.1.2024. Das Kuratorium berät zu entscheidenden fachlichen und fachübergreifenden Fragen, zur mittelfristigen Planung, zum Profil und den Zielsetzungen des „Landgrafenschlosses der Zukunft“.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Welche kurzfristigen Maßnahmen beabsichtigt der Magistrat zur Verbesserung der Fußgänger*innen-Nutzbarkeit am Oberen Rotenberg und Rotenberg (zwischen Abbiegung Sandweg und Höhenweg) umzusetzen, etwa in Form von deutlichen Fahrbahnmarkierungen und zusätzlichen stehenden Leuchtmarkierungen, wie etwa im Pilgrimstein? Die derzeitige Situation ist äußerst gefährlich, da lediglich ein schmaler Teerstreifen in unterschiedlicher Breite vorhanden ist und regelmäßig umgefahrene Leitpfosten darauf hindeuten, dass hier Handlungsbedarf besteht, unabhängig von einer Erschließung eines Supermarkts und/oder Wohngebiets.

Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Im betreffenden Abschnitt wurde der Bankettstreifen asphaltiert, um außerhalb der Fahrbahn eine fußläufige Verbindung anzubieten, die ansonsten zwischen dem Grassenberg und der Marbach nicht besteht.

Da es sich überwiegend um einen Abschnitt außerhalb der geschlossenen Ortschaft handelt, sind beidseitig durchgehende und deutliche Fahrbahnrandmarkierungen und Leitpfosten vorhanden.

Der Zustand dieser Einrichtungen wird durch den Fachdienst Tiefbau regelmäßig kontrolliert und fehlende oder umgefahrene Leitpfosten durch den DBM ersetzt. Eine zusätzliche Sicherung mit Leitmalen wird hier nicht als zielführend angesehen, da diese hier aufgrund der höheren Geschwindigkeiten beim Überfahren zu neuen Gefahren führen können und zudem den Winterdienst auf der K 72 behindern würden.

Nach dem Städtischen Radverkehrsplan aus 2017 soll am oberen Rotenberg und weiterführend an der K 72 bis nach Wehrshausen ein gemeinsamer Geh- und Radweg errichtet werden. Aufgrund der Außerörtlichkeit, des teilweise beidseitigen Bewuchses und angrenzender Schutzgebiete benötigt diese Planung jedoch bis zur Umsetzung noch etwas Zeit.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

In welcher Auflage und zu welchen Kosten wurde der Flyer "Soziale Leistungen und Beratungsangebote auf einen Blick 2023", Hrsg. vom Magistrat, Fachbereich 'Soziales Wohnen' produziert, wo liegen diese Flyer aus und wo wurden sie verteilt?

Antwort durch:	FB 4 - Soziales und Wohnen
Dezernent*in:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Der Flyer „*Steigende Energiekosten: Informationen und Hilfe für Sie (Soziale Leistungen und Beratungsangebote auf einen Blick)*“ wurde in einer Auflage von 67.500 Stück produziert. Der Einzelpreis lag bei 0,03 € pro Flyer zzgl. 19% MWSt, mithin 2.409,75 € insgesamt brutto.

Die Flyer sind mit einem Anschreiben an rund 65.500 Marburger Haushalte versandt worden.

Die übrigen Flyer wurden verschiedenen Beratungsstellen zur Verfügung gestellt. Hierzu gehören stadtverwaltungsinterne Stellen, wie beispielsweise der FD Soziale Leistungen, der FD Wohnungswesen, das Pflegebüro, FD Altenplanung, der Fachbereich 5 Kinder, Jugend & Familie, aber auch externe Beratungsstellen, wie bspw. das Kreisjobcenter, das Diakonische Werk, Arbeit und Bildung e.V., insbesondere die drei Gemeinwesenträger sowie weitere soziale Anbieter*innen, wie sie bspw. auch im Bündnis für Familie und Armut vertreten sind.

Kirsten Dinnebier

Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie viele Kinder des Geburtsjahrgangs 2023 leben in Marburg und welche Auswirkungen hat das für den weiteren Ausbau der Kitaplätze?

Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent*in:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Im Jahr 2023 leben 495 Marburger*innen des Geburtsjahrganges 2023 in Marburg. Die Einwohnerdaten zum 31.12.23 weisen insgesamt 1715 Kinder unter 3 Jahren aus

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Geburtenjahrgänge der Jahre 2020-2023 der zu diesem Zeitpunkt in Marburg lebenden Marburger*innen. Diese zeigen einen Trend zu einem Rückgang der Geburtenzahlen ab 2021.

Entwicklung der Geburtsjahrgänge 2020-2023	
Geburtsjahrgang	Anzahl der Kinder
2020	630
2021	633
2022	587
2023	495
Gesamt	2345

Quelle: MESO-Daten der Marburger Einwohnerstatistik, Stand: Januar 2024 (erstellt von FD 15 - Stadt- und Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Statistik); Berechnung: FD 54, Februar 2024

In den letzten Jahren konnte eher ein Anstieg bei den Geburtsjahrgängen verzeichnet werden, der im Jahr 2016 einen Höchststand von 667 erreichte. Die Kinder dieses Geburtsjahrgangs sind im Jahr 2022 eingeschult worden und haben "Platz gemacht" für nachfolgende Geburtsjahrgänge.

Die Zahlen der Geburtsjahrgänge allein geben aber keine absolute Antwort auf den Platzbedarf, hier müssen nicht nur Zu- und Abwanderungen einkalkuliert werden, sondern auch die gesellschaftliche Entwicklung bei der In-Anspruchnahme von Betreuung, ebenso sind Zuzüge von Familien aus der Ukraine oder aus anderen Fluchtgebieten zu berücksichtigen.

Mit dem bisherigen Ausbau an Plätzen ist die Stadt Marburg in den nächsten 3 Jahren prinzipiell gut gerüstet für die Nachfrage nach Kita-Plätzen, allerdings gibt es Nachfragespitzen in einzelnen Stadtteilen, in denen das aktuelle Platzangebot nicht ausreicht.

Handlungsbedarf ist ebenfalls noch bei der Bereitstellung von Plätzen für unter 3jährige Kinder zu verzeichnen, hier wird die wachsende Nachfrage noch nicht durch ein entsprechendes Platzangebot befriedigt.

Die Versorgungsquote für Kinder unter 3 Jahren beträgt in Marburg 46,7%. **Zum Vergleich:** im Jahr 2023 betrug die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in Deutschland durchschnittlich 36,4 Prozent.(Quelle: Statista), für Hessen liegt die

Quote bei 32,5%.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Warum wird die seit Monaten fertige Abfahrt vom Radweg am Pilgrimstein Richtung Elisabethstraße immer noch durch eine Sperre blockiert und wann ist mit der Freigabe zu rechnen?

Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Bislang wird der aus dem Pilgrimstein kommende Radverkehr auf Gehwegniveau bis zur Fußgängerrampe an der Deutschhausstraße geführt. Eine Bordabsenkung ist an dieser Stelle bislang nicht vorhanden, so dass das Weiterfahren an dieser Stelle über äußerst unkomfortabel ist und zudem einen deutlichen Umweg bedeutet.

Über die neu hergestellte Rampe soll der Radverkehr künftig direkt auf das Straßenniveau geführt und über einen noch zu markierenden Radfahrstreifen direkt in die Elisabethstraße geleitet werden.

Zusätzlich wird eine neue Lichtsignalanlage errichtet, die ausschließlich dem Radverkehr dient und diesen über Kamertechnik erfasst. Eine Anforderung über einen Taster entfällt somit künftig.

Die Tiefbaumaßnahmen dazu wurden im Zuge einer Stadtwerke-Maßnahme durchgeführt und auch der Mast für die Lichtsignalanlage bereits errichtet.

Die Lichtsignalanlage wurde vom Fachdienst Tiefbau bereits beauftragt und soll sehr zeitnah installiert werden. Aus Sicherheitsgründen kann erst danach die Markierung aufgebracht und die Absperrung entfernt werden.

Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Maik Schöniger
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Beschlusses des Partizipations- und Kommunikationskonzeptes zur Stärkung der Klimagovernance in Marburg (VO/1365/2023)?

Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent*in:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Mit der Vorlage VO/1365/2023 wurde ein umfangreiches Konzept erarbeitet und beschlossen, dessen Ausführungszuständigkeit in verschiedenen Bereichen der Verwaltung liegt.

Folgende Maßnahmen im Bereich Klimagovernance wurden und werden vom Fachdienst Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel bereits umgesetzt oder sind in Planung:

Vom Fachdienst wurden ehrenamtliche Solarberater*innen ausgebildet. Auch die Organisation der Vermittlung zwischen interessierten Bürger*innen * und den ehrenamtlichen Solarberater*innen wird vom Fachdienst übernommen.

Das Projekt ist ein Beispiel für die Gewinnung von Klimabotschafter*innen, das inzwischen von weiteren Kommunen aufgegriffen wurde. Eine Ausweitung für die Ausbildung von ehrenamtlichen Berater*innen für weitere Themenbereiche ist aktuell in der Vorplanung. In Kürze wird eine Ausbildung für Wärmepumpenberater*innen angeboten.

Eine weitere Maßnahme ist das Pilotprojekt Bürger*innen-Carsharing, das in drei Außenstadtteilen umgesetzt wird.

Die Vernetzung von Akteur*innen und Stakeholdern wird durch das im Herbst 2023 neu gegründete Climate Hub Marburg umgesetzt. Die Gründung wurde durch die finanzielle Unterstützung der Stadt Marburg über den Fachdienstes Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel ermöglicht.

Auch die seit vielen Jahren sehr erfolgreich laufenden "Nachbarschaftsprojekte im Klimaschutz" führen zu Austausch und Vernetzung sowie einer starken Aktivierung der Zivilbevölkerung und sind ein wirksames Instrument für gelingende Klimagovernance. Neben den Projekten, die von Bürger*innen eingereicht und umgesetzt werden wird, entscheidet ein Entscheidungsgremium aus zufällig ausgewählten Bürger*innen und Klimaaktiven darüber, welche Projekte einen Zuschuss in welcher Höhe bekommen.

Zudem unterstützt der Fachdienst auch potentielle Nahwärme-Projekte aus Bürgerhand durch die Umsetzung und Finanzierung von Potentialanalysen oder Machbarkeitsstudien. Derzeit gibt es konkrete Projektüberlegungen in Cappel und Wehrshausen sowie 3 weitere im Allnatal (Cyriaxweimar, Haddamshausen und Hermers-

hausen).

Für 2024 und 2025 sind Veranstaltungen bzw. temporäre Klimawerkstätten zum Thema "Klimaanpassung" und "energetische Sanierung" geplant.

Um das beschlossene Partizipations- und Kommunikationskonzept umfänglicher umzusetzen, ist zudem eine Klimagovernance-Stelle für den Fachdienst Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel ausgeschrieben.

Die Frage der Ernährung und Ernährungsbildung hat einen hohen Stellenwert in der frühkindlichen Bildung sowie in der schulischen Betreuung. Hier werden nicht nur Kompetenzen der Zubereitung, sondern auch Fragen des nachhaltigen Anbaus, der jahreszeitlichen Verfügbarkeit und der Qualität in unterschiedlicher Ausprägung vermittelt. Die Kindertagesstätten werden entsprechend ausgestattet. Auch die Schulen werden im Rahmen der schulischen Ernährungsbildungskonzepte unterstützt und gefördert.

Der Fachdienst 69 stellt über Förderprogramme in Zusammenarbeit mit Fachdienst 13 umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung, schaltet Anzeigen und erstellt Pressemitteilungen.

Anstelle eines dauerhaften Klimarates oder Klimabeirats sollen temporäre Bürger*innenräte zu stadtrelevanten, konträr diskutierten Fragen mit Klimarelevanz durchgeführt werden. Die Einberufung eines Bürger*innenrates erfolgt auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. (Federführende Verantwortlichkeit, wenn dies für sinnvoll erachtet würde, läge bei Stabsstelle 72, Bürger*innenbeteiligung).

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Damit ist die für die Fragestunde vorgesehene Zeit abgelaufen. Die kleinen Anfragen Nr. 9 bis 21 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu 4 Besetzung des Ortsgerichts Marburg IV (Stadtteile
Schröck, Bauerbach, Ginseldorf und Moischt)
- Wahl eines/r Ortsgerichtsschöffen/in und stellvertre-
tenden/r Ortsgerichtsvorsteher/in
VO/1719/2024**

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Meier-Lercher. Dem Ausschuss lag der in der Vorlage aufgeführte Wahlvorschlag der Ortsbeiräte Bauerbach und Ginseldorf vor. Weitere wurden nicht unterbreitet. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Wahlvorschlag zu folgen und die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen.

Gegen den Vorschlag der offenen Abstimmung erhebt sich kein Widerspruch.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin wählt die Stadtverordnetenversammlung in offener Abstimmung per Handzeichen wie folgt:

Abstimmungsergebnis:

Anwesende Stadtverordnete:	56
Abgegebene Stimmen:	56
Für Theodor Gölzhäuser:	56
Nein-Stimmen:	keine

Damit ist Herr Theodor Gölzhäuser einstimmig zum Ortsgerichtsschöffen und stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher für den Ortsgerichtsbezirk Marburg IV gewählt.

**zu 5 Besetzung des Ortsgerichts Marburg III (Stadtteile Dago-
bertshausen, Marbach und Michelbach)**

- Wahl eines/r Ortsgerichtsvorsteher/in

VO/1720/2024

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Ausschussvorsitzende, Stadtverordnete Meier-Lercher. Dem Ausschuss lag der in der Vorlage aufgeführte Wahlvorschlag der SPD-Fraktion sowie der Ortsbeiräte Marbach und Michelbach vor. Weitere wurden nicht unterbreitet.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Wahlvorschlag zu folgen und die Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen durchzuführen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft zur Wahl in offener Abstimmung per Handzeichen auf mit folgendem Ergebnis:

Abstimmungsergebnis:

Anwesende Stadtverordnete:	56
Abgegebene Stimmen:	56
Für Jürgen Damm:	56
Nein-Stimmen:	keine

Damit ist Herr Jürgen Damm einstimmig zum Ortsgerichtsvorsteher für den Ortsgerichtsbezirk Marburg III gewählt.

**zu 6 Neufassung Benutzungsordnung für die Stadtbücherei der
Universitätsstadt Marburg**

VO/1732/2024

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Die vorliegende Neufassung der Benutzungsordnung für die Stadtbücherei der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 7 Neufassung Gebührenordnung für die Stadtbücherei der
Universitätsstadt Marburg
VO/1733/2024**

Auch diese Vorlage ist im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorberaten worden. Es berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt auch hier einstimmig die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die Vorlage zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die vorliegende Neufassung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 8 Festlegung von Richtlinien zur Priorisierung bei der Ver-
äußerung von Baugrundstücken an Bauwillige
VO/1487/2023**

Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt gegen die Stimmen der CDU/FDP/BfM-Fraktion der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg legt die vorliegenden Richtlinien zur Priorisierung bei der Veräußerung von Baugrundstücken (Bauplätze für Einfamilien,- Reihen- oder Doppelhäuser) an Bauwillige in Neubaugebieten im Bereich der Außenstadtteile der Universitätsstadt Marburg, nebst der vorliegenden und zugehörigen Auswahlmatrix sowie dem hierzu entwickelten, vorliegenden Fragenbogen zur Bewerbung um ein Baugrundstück, als künftig anzuwendende Vergabepaxis fest.

Die Richtlinien sind ab sofort bei der Umsetzung über Städtebauliche- oder Durchführungsverträge mit Vorhabenträgern sowie bei der Baugebietsentwicklung durch die Universitätsstadt Marburg verbindlich anzuwenden.

Sie gelten nicht bei Mehrfamilienhäusern oder bei Eigentumsübertragungen im Konzernverbund, bspw. an die Stadtentwicklungsgesellschaft Marburg mbH (SEG) oder der Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Marburg-Lahn (GeWoBau).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg,
Die Linke, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM
Enthaltungen: keine

zu 9 Städtebauliche Rahmenplanung für den Bereich Beltershäuser Straße „Ab in den Süden“

Leben, Wohnen und Arbeiten an der Beltershäuser Straße

VO/1666/2023

Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der CDU/FDP/BfM-Fraktion einstimmig, der Vorlage zuzustimmen. Aussprache in Form eines Setzpunktes wurde durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich die Stadtverordneten Schaffner, Bauder-Wöhr, Schalauske, Büchner, Ramsaier und Stadtrat Dr. Kopatz.

Im Anschluss stellt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher die Vorlage zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die städtebauliche Rahmenplanung für den Bereich Beltershäuser Straße wird gemäß

§ 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Sie stellt die planerische Grundlage für die baulich-räumliche Entwicklung des Rahmenplangebietes dar.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Marburger Linke,
Die Linke, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM
Enthaltungen: keine

zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 25/9 für das Gebiet „Auf der Jöch“ im Stadtteil Wehrda

-Bericht über die Ergebnisse der Prüfung während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen

-Feststellungsbeschluss

VO/1743/2024

Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 25/9 für das Gebiet „Auf der Jöch“ im Stadtteil Wehrda wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:
 - a) Die unter der Nummer 1 angeführte Stellungnahme wird berücksichtigt;
 - b) Die unter der Nummer 2, 3, 4 und 5 angeführte Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.
2. Die Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 25/9 für das Gebiet „Auf der Jöch“ im Stadtteil Wehrda wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 11 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Bebauungsplan Nr. 25/12, 1. Änderung für das Gebiet „Auf der Jöch“ im Stadtteil Wehrda

- Bericht über die Ergebnisse der Prüfung, der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**
- Satzungsbeschluss**
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans**

VO/1746/2024

Auch diese Vorlage ist im Bau- und Mobilitätsausschuss vorberaten worden. Der Ausschuss empfiehlt auch hier laut Bericht des Vorsitzenden, Stadtverordneter Heck, einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

1. Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan Nr. 25/12, 1. Änderung für das Gebiet „Auf der Jöch“ im Stadtteil Wehrda wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:
 - a) Die unter der Nummer 1 angeführte Stellungnahme wird berücksichtigt;
 - b) Die unter der Nummer 2, 3, 5 und 6 angeführten Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt;
 - c) Die unter der Nummer 4 angeführte Stellungnahme wird nicht berücksichtigt.

Die Grundzüge der Planung werden durch die Abwägung nicht berührt.

2. Der Bebauungsplan Nr. 25/12, 1. Änderung „Auf der Jöch“ im Stadtteil Wehrda mit Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 25/12, 1. Änderung für das Gebiet „Auf der Jöch“ im Stadtteil Wehrda werden als Gestaltungssatzung gemäß § 91 Hessischer Bauordnung (HBO) (i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB) beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 18/16 „Solarpark Cappel im Eselsgrund“ im Stadtteil Cappel der Universitätsstadt Marburg gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)

VO/1747/2024

Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die Vorlage zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Für den im Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) Nr. 18/16 „Solarpark Cappel im Eselsgrund“ der Universitätsstadt Marburg, Stadtteil Cappel, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 13 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg

Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 18/29 „Solarpark Cappel am Eselsgrund“ im Stadtteil Cappel der Universitätsstadt Marburg gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)

VO/1748/2024

Von der Vorberatung der Vorlage im Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Für den im Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 18/29 „Solarpark Cappel am Eselsgrund“ der Universitätsstadt Marburg, Stadtteil Cappel, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 14 Dringlichkeitsanträge

Keine

zu 15 Anträge der Fraktionen

zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Inklusive 15.1 Spielplätze VO/1391/2023

Für den Sozialausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Abdirahman Farah. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Dem Antrag in der geänderten Fassung, dem die CDU/FDP/BfM beigetreten ist, empfehlen sowohl der Sozialausschuss als auch der Behindertenbeirat einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (StVV) stellt fest: Marburg ist eine inklusive Stadt, Marburg lebt Inklusion.

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg beauftragt den Magistrat:

1. Leitlinien für mehr Inklusion auf Marburgs Spielplätzen zu erstellen. Dabei die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes DIN 18034 zur Grundlage zu nehmen. Ziel soll sein, weiterhin öffentliche Spielplätze auf dem Stadtgebiet der Universitätsstadt Marburg inklusiv zu gestalten.
2. Nach Einbeziehung aller, Kinder- und Jugendparlament, Behindertenbeirat, Kitas und Schulen, soll ein neuer inklusiver Spielplatz innerstädtisch, geplant und umgesetzt werden. Geleitet von dem Wunsch niemanden zurückzulassen, Benachteiligungen zu beseitigen und Hürden abzubauen, Empathie und soziale Kompetenz stärken bereits im Kindesalter, kurz allen Menschen ein inklusives Leben ermöglichen.
3. Bis zur Sitzung des Sozialausschusses im Juni 2024 eine Aufstellung zu erarbeiten, aus der die konkrete zeitliche Umsetzung dieser Maßnahmen hervorgeht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Gebärdendolmetscher bei öffentlichen Veranstaltungen der Universitätsstadt Marburg

VO/1481/2023

Auch dieser Antrag ist im Sozialausschuss vorberaten worden, für den der Vorsitzende, Stadtverordneter Abdirahman Farah, berichtet. Der Beschlusstenor des Antrages wurde im Ausschuss geändert und der Antrag zur Stellungnahme an den Behindertenbeirat verwiesen.

Der geänderten Fassung des Antrages empfehlen sowohl der Behindertenbeirat als auch der Sozialausschuss einstimmig die Annahme.

Die Stadtverordnetenvorsteherin ruft zur Abstimmung über die geänderte Fassung des Antrages auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, künftig bei sämtlichen öffentlichen Veranstaltungen der Universitätsstadt Marburg nach Möglichkeit und Verfügbarkeit, Gebärdensprachdolmetscher*innen, unabhängig davon, ob die Teilnahme von Menschen mit Hörbeeinträchtigungen zu erwarten ist, bereitzustellen. Es ist anzustreben, dass bei jeder Veranstaltung Gebärdensprachdolmetscher*innen zur Verfügung stehen. Für Veranstaltungen im geladenen Kreis, wie beispielsweise Eintrag ins Goldene Buch, Verleihung von Ehrungen der Universitätsstadt Marburg, wird zusammen mit der Einladung darauf hingewiesen, dass bei Bedarf ein Gebärdensprachdolmetscher*innen zur Verfügung gestellt werden kann.

Bei entsprechendem Bedarf soll vorrangig ermöglicht werden, dass Betroffene selbst Dolmetscher*innen ihres Vertrauens engagieren können und die Universitätsstadt Marburg entsprechende Kosten erstattet.

Ein Studium zur Gebärdensprachdolmetscher*in ist in Hessen derzeit noch nicht möglich. Um dem Fachkräftebedarf bei zertifizierten Gebärdensprachdolmetscher*innen in der Region zu entsprechen, soll sich der Magistrat bei der Landesregierung für eine verstärkte Zertifizierung und Ausbildung von Gebärdensprachdolmetscher*innen einsetzen.

Der Magistrat soll sich bei höheren politischen Ebenen dafür einsetzen, dass innovative Ideen, wie die Nutzung von Künstlicher Intelligenz beim Dolmetschen, gefördert werden. Ein Beispiel für eine entsprechende Förderung wäre das Verbundprojekt AVASAG „Avatar-basierter Sprachassistent zur automatisierten Gebärdensübersetzung“, welches vom Bundesamt für Bildung und Forschung gefördert wird.

Der Magistrat soll zudem prüfen, ob eine Beteiligung an einem Projekt ähnlich des „Kommunalen Gebärdensprach-Avatar (KGA)“ künftig möglich wäre, um digital verfügbare Inhalte barrierefreier zu gestalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Alten- und Pflegeheimentwicklungsplan
15.3
VO/1682/2024

Von der Vorberatung des Antrages im Sozialausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Abdirahman Farah. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Aussprache ist angemeldet durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion. An dieser beteiligen sich mit Wortbeiträgen die Stadtverordneten Noe, Lotz-Halilovic, Bastian, Böhm, Dr. Perabo, Abdirahman Farah und Seipp sowie Stadträtin Dinnebier.

Nach Beendigung der Aussprache ruft der stellv. Stadtverordnetenvorsteher zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, AfD

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Die Linke

Enthaltungen: Marburger Linke, Piratenpartei

zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Ehrenbürgerschaft
15.4
Julian Assange
VO/1727/2024

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitliche, den Antrag abzulehnen. Dem folgt die Stadtverordnetenversammlung und beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke, Die Linke, Piratenpartei
Nein-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, AfD
Enthaltungen: keine

**zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Einrichtung Waf-
15.5 fenverbotszone
VO/1737/2024**

Der Antrag wurde im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss durch die antragstellende Fraktion bis Mai 2024 zurückgestellt.

**zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Smarte Sitz-
15.6 bänke für Marburg
VO/1738/2024**

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt der Ausschussempfehlung und beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, Piratenpartei
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg, Die Linke, AfD
Enthaltungen: keine

**zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Einrichtung von
15.7 Handyladestationen an Bushaltestellen
VO/1739/2024**

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgestellt.

**zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr.: Ein „Hitze-
15.8 schutz-Konzept“ für Schulen und Kitas vorlegen
VO/1740/2024**

Von der Vorberatung des Antrages im Bildungs- und Kulturausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich, den Antrag abzulehnen. Aussprache ist durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion angemel-

det. An dieser beteiligen sich die Stadtverordneten Deißler, Nezi, Meier-Lercher, Sanchez Arvelo, Weidemann und Bauder-Wöhr sowie Bürgermeisterin Bernshausen und Stadtrat Dr. Kopatz.

Nach Beendigung der Aussprache stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, Die Linke

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: AfD, Piratenpartei

**zu Antrag der CDU/FDP/BfM-Fraktion betr. Sanierungsstau
15.9 in den Schulen auflösen
VO/1741/2024**

Der Antrag wurde im Ausschuss zurückgestellt.

**zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: kontinuierliche
15.10 Bürgerbeteiligung bei neu entstehenden Quartieren
VO/1751/2024**

Für den Bau- und Mobilitätsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Heck. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich den Antrag abzulehnen. Aussprache wurde durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet. An dieser beteiligen sich mit Redebeiträgen die Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Burghardt und Seipp sowie Oberbürgermeister Dr. Spies.

Im Anschluss stellt die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, Marburger Linke, Die Linke, Piratenpartei

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Klimaliste Marburg

Enthaltungen: AfD

**zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Schaffung bezahlbaren
15.11 Wohnraums und Werkwohnungen im Quartier Südbahnhof
VO/1752/2024**

Zu dem Antrag ist Aussprache durch die Fraktion Marburger Linke angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der Antragstellerin vertagt.

**zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Stadtteilent-
15.12 wicklungsplan für das Südbahnhof-Quartier
VO/1753/2024**

Der Antrag wird auf Wunsch der Fraktion Die Linke wegen des inhaltlichen Zusammenhangs mit TOP 15.11, VO/1752/2024, ebenfalls vertagt.

**zu Antrag der Fraktionen von B90/Die Grünen, SPD und Klimaliste Mar-
15.13 burg betr.: Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema Tierschutz
VO/1755/2024**

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Walz. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert. Der geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag in der geänderten Fassung zur Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat konstituiert in Kooperation mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf einen Runden Tisch Tierschutz. Ziel ist es, Belange des kommunalen Tierschutzes und damit verbunden auch Investitionen mit den betroffenen Trägern sowie dem Landkreis zielführend zu kommunizieren und koordinieren. Relevante Themen sind u.a. der Neubau des in Marburg ansässigen Tierheims sowie die Errichtung einer Wildtierstation.

Teilnehmen sollen neben Vertreter*innen der Stadt Marburg (Magistrat, Stadtverordnete sowie Vertreter*innen der Unteren Naturschutzbehörde), des Landkreises Marburg-Biedenkopf (v.a. Vertreter*innen des Veterinärwesens) und der Trägerkommunen des Tierheims insbesondere Vertreter*innen des Tierschutzvereins und Vertreter*innen des Vereins Tierheim Landkreis Marburg-Biedenkopf e.V. als Träger des Tierheims, Tierärzt*innen, Vertreter*innen von BUND und NABU, Vertreter*innen aus der Landwirtschaft sowie ferner sachkundige Bürger*innen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste Marburg,
Die Linke, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: CDU/FDP/BfM

**zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bericht zur
15.14 Busflotte der MVG
VO/1767/2024**

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, über die aktuelle Situation der Marburger Verkehrsgesellschaft, insbesondere über den Zustand der Busflotte, die Ursachen dafür sowie den aktuellen Stand der Veränderungen und Verbesserungen für die Beschäftigten im Hinblick der viel diskutierten Maßnahmen für bessere Arbeitsbedingungen (Schichtzeiten, Einführung 5 bzw. 4 Tageweche, etc.) schriftlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bericht zum Fachtag über
15.15 die aktuelle soziale und wirtschaftliche Situation (VO/1146/2023)
VO/1768/2024**

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand der Vorbereitung dieses Fachtags schriftlich zu berichten, insbesondere, warum der Fachtag nun zum 3. Mal verschoben wird, warum die Gemeinwesenträger bisher nicht – wie im Antrag formuliert – inhaltlich einbezogen wurden und wie verbindlich der nun avisierte Termin ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Durchführung eines
15.16 Bürgerentscheids zur Mobilitätsentwicklung in Marburg
VO/1769/2024**

Der TOP wird gemeinsam mit TOP 15.17 aufgerufen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin weist zunächst auf zwei redaktionelle Korrekturen

in der Formulierung des Beschlusstextes hin. Anstatt „beschlossenes Ziel“ muss es „beschlossene Ziel“ heißen.

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der Klimaliste einstimmig, dem Antrag zuzustimmen. Aussprache wurde angemeldet.

An der Aussprache beteiligen sich mit Redebeiträgen die Stadtverordneten Schmidt, Bauder-Wöhr, Bastian, Steffen Rink, Seipp, Lips, Pfalz und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Nach Beendigung der Aussprache lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den redaktionell korrigierten Beschlusstext abstimmen und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird mit der Durchführung eines Bürgerentscheids mit dem folgenden Wortlaut beauftragt:

„Sind Sie dafür, dass das im Rahmen von MoVe35 beschlossene Ziel einer Halbierung des PKW-Verkehrs zugunsten anderer Verkehrsmittelnutzungen weiterhin verfolgt wird?“

Der Bürgerentscheid soll zeitgleich mit der Europawahl am 9. Juni 2024 stattfinden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, AfD, Piratenpartei

Nein-Stimmen: keine

Enthaltungen: Klimaliste Marburg, Die Linke

zu Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Umsetzung der Maßnahmen aus MoVe35 unter intensiver Beteiligung der Bevölkerung VO/1770/2024

Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 15.16. aufgerufen.

Für den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt bei Enthaltung der Klimaliste Marburg einstimmig, dem Antrag zuzustimmen. Aussprache ist angemeldet. Zur Protokollierung der Aussprache siehe TOP 15.16.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt den Antrag zu Abstimmung und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt eine große Einigkeit hinsichtlich der Notwendigkeit der Umsetzung verkehrspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit mit allen Verkehrsträgern fest und betrachtet die überwiegende Zahl der im Rahmen von MoVe35 vorgeschlagenen Maßnahmen als sinnvoll.
2. Der Magistrat wird beauftragt, eine grundsätzliche Strategie zur Beteiligung der Bevölkerung sowie der Ortsbeiräte bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen des MoVe35 zu erarbeiten. Dabei sollen insbesondere niedrigschwellige Diskussions- und Beteiligungsformate, bspw. in Form von Workshops oder Bürger*innenforen, entwickelt werden. Eine entsprechende Konzeption ist der Stadtverordnetenversammlung schnellstmöglich zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: CDU/FDP/BfM, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Die Linke, AfD, Piratenpartei
Nein-Stimmen: keine
Enthaltungen: Klimaliste Marburg

zu 16 Kenntnisnahmen

zu Strategiekonzept der Stadtbücherei

16.1 VO/1572/2023

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Strategiekonzept „Stadtbücherei Marburg 2030 – Strategien für die Zukunft“ der Stadtbücherei zur Kenntnis.

zu Jahresbericht 2023 der Antikorruptionsstelle

16.2 VO/1709/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht 2023 der Antikorruptionsstelle zur Kenntnis.

zu Vollzug des Haushaltsplans 2023

16.3 hier: Zwischen- und Budgetbericht zum 31.12.2023

VO/1734/2024

Zu dem Tagesordnungspunkt ist Aussprache durch die CDU/FDP/BfM-Fraktion an-

gemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Die Vorlage wird deshalb auf Wunsch der CDU/FDP/BfM-Fraktion und Zustimmung des Magistrats vertagt.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet.
Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Neuwohner dankt allen Anwesenden für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung um 21:20 Uhr.

Marburg, 28.02.2024

Vorsitz:

Protokoll:

Dr. Elke Neuwohner

Lothar Sprenger

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen Nr. 09 bis 21

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Lisa Deißler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Können Eltern die Marburger Schulwegepläne online einsehen, wenn ja, wo sind diese zu finden, falls nein, weshalb stehen diese nicht online abrufbar zur Verfügung?

Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent*in:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Schulwegpläne sind in einem Landeserlass geregelt.
Einschlägig ist hier folgender Erlass:

"Gemeinsamer Erlass des Hessischen Kultusministeriums und des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport
Erlass vom 22. Dezember 2009: Verkehrserziehung und Mobilitätsbildung durch Schulen und Polizei"

In diesem Erlass heißt es u a.:

2.7 Sicherung der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg

2.7.1 Die Schulleitung erarbeitet mindestens für die Jahrgänge 1 bis 7 einen Schulwegplan.

Schulwegpläne sind Darstellungen, in denen die sichersten Wege zur Schule empfohlen werden; diese werden jährlich überprüft. Bei der Schulwegplanung erstreckt sich die Mitwirkung der Polizei auf eine Beratung der Schulen.

2.7.2 Schulaufsichtsbehörden, Schulträger, Schulen und Eltern stehen beratend und unterstützend zur Seite. Die Beteiligung von Eltern durch die Schulen wird ausdrücklich begrüßt.

2.7.3 Schulwegpläne sind den Eltern von Schulanfängern und neu in die Schule kommenden Schülerinnen und Schülern rechtzeitig vor Schulbeginn bekannt zu machen und zumindest mit den Schulanfängern zum Beginn des Schuljahres zu besprechen.

2.7.4 Schulen können in Abstimmung mit den örtlich zuständigen Polizeibehörden geeignete Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen, die bereits über das erforderliche Verantwortungsbewusstsein verfügen, sowie Eltern oder örtliche Verkehrshelfer für schulwegsichernde Maßnahmen auswählen, die durch die Polizei ausgebil-

det werden. Sie sind als Schüler-, Bus- oder Elternlotsen Verkehrshelfer für die Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg und nicht befugt, Maßnahmen der Verkehrsregelung durchzuführen.

Beim Einsatz von Schülerinnen und Schülern muss das schriftliche Einverständnis eines Elternteils vorliegen. Bei der Betreuung der Schüler-, Bus- und Elternlotsen wirken die Verkehrswachten mit.

Die Entscheidung über die Einführung solcher Verkehrshelfer geschieht im Einvernehmen zwischen Schule und Polizei; die Festlegung der Einsatz- und Straßenübergangsstellen für Schüler- oder Elternlotsen obliegt der Straßenverkehrsbehörde.

2.7.5 Die Sicherung der Schulwege ist gemeinsame Aufgabe der Polizei und der allgemeinen Ordnungsbehörde. In der Ausführung ist sie Angelegenheit der Straßenbaulastträger."

Soweit die Ausführungen des Erlasses.

Nach dem Erlass liegt die Zuständigkeit für die Erstellung der Schulwegpläne allein bei den Schulleitungen.

Die Landesverkehrswacht Hessen e.V. verweist zum praktischen Vorgehen auf die digitale BAST-Broschüre „Schulwegpläne leichtgemacht - der Leitfaden“.

Im Internet finden sich zahlreiche weitere Hinweise zur Erstellung von Schulwegplänen mit vielen praktischen Beispielen.

Eine Regelung, Schulwegpläne digital aufzubereiten, enthält das Landesrecht unseres Wissens nicht. Einige Schulen stellen ihren Schulwegplan auf ihrer Homepage zur Verfügung.

Die Stadt Marburg hat auf den gesamten Prozess keinen Einfluss, berät die Schulen mit ihren zuständigen Fachdiensten allerdings gerne bei Bedarf.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Mit welchen Herausforderungen hat das Ordnungsamt bei der Umsetzung der Katzenschutzverordnung zu tun?

Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent*in:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Unter Hinweis auf die Stellungnahme zur Kleinen Anfrage Nr. 10 zur Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2023 teilen wir mit, dass das Ordnungsamt den Entwurf einer entsprechenden Satzung an den zuständigen Fachdienst Organisation zur Prüfung und weiteren Bearbeitung gegeben hat.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Wieviel Busse, welcher Hersteller und mit welchen Kosten wurden während der Verantwortung von Norbert Schüren und Rainer Kühne für die Busflotte der Stadtwerke angeschafft?

Antwort durch:	Stadtwerke Marburg
Dezernent*in:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Vorbemerkung:

Norbert Schüren und Rainer Kühne waren im Zeitraum von 2003 bis 2019 gemeinsam Geschäftsführer der Stadtwerke Marburg GmbH. Rainer Kühne war bereits vor 2003 Geschäftsführer, zeitweise gemeinsam mit einem weiteren Geschäftsführer. Norbert Schüren war auch in 2020 zeitweise noch Geschäftsführer.

Antwort:

Zwischen 2003 und 2019 wurden insgesamt 100 Busse angeschafft. Hersteller der Busse waren MAN, Evobus, Neoplan, Solaris, Bredamenarini und Iveco. Die Gesamtkosten lagen bei 14,5 Mio. €.

Ergänzender Hinweis:

Bis vor einigen Jahren wurden als Ersatz häufig gebrauchte Busse zu einem angemessenen Preis beschafft. Dies erschien im Hinblick auf unsere Werkstattkapazitäten bei einem guten Preis-/Leistungsverhältnis wirtschaftlich sinnvoll. Die genannten Kosten sind mit heutigen Kosten für Busse wegen Inflation und Kostensteigerungen allerdings nicht mehr vergleichbar. Seit einiger Zeit werden nur noch Neufahrzeuge beschafft. Großer Vorteil: Garantieansprüche bei Mängeln, denn Reparaturen in Vertragswerkstätten dauern wg. der Lieferkettenproblematik und dem Fachkräftemangel länger als früher. Deswegen hat MAN im letzten Jahr zwei Ersatzbusse zur Verfügung gestellt. Für die Umstellung der Flotte auf Elektroantrieb kommen derzeit ohnehin nur Neufahrzeuge in Betracht. So werden im 2. und 3. Quartal 2024 weitere E-Busse geliefert: Die ersten sechs 12-Meter-Busse und ein kleiner Bus (Rampini)!

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Matthias Pozzi
Fraktion / Partei:	AfD

Wie erfolgte der Klimaausgleich / CO₂-Kompensation der Antrittsreise der Stadt Marburg bei Ihrem Besuch in der Partnerstadt Moshi 2023?

Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
Dezernent*in:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat am 01.04.2019 beschlossen, dass eine Klimaabgabe bei Dienstreisen bis zu einem Betrag von 45€ pro Tonne CO₂ erstattet werden kann (VO/6728/2019).

Dem Beschluss entsprechend wurde für die Teilnehmenden der Universitätsstadt Marburg an der Reise nach Moshi ein Klimaschutzbeitrag an die Klimaschutzorganisation atmosfair bezahlt. Damit werden Klimaschutzprojekte, beispielsweise in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Umweltbildung unterstützt, besonders in Ländern, in denen es bisher kaum erneuerbare Energien gibt. Durch die Projekte von atmosfair wird CO₂ eingespart, das sonst in diesen Ländern durch den Einsatz fossiler Energien entstanden wäre. Für die durch die Reise entstandenen 13.265 kg CO₂ wurde so eine 100% Kompensation hergestellt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Uwe Volz
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Hat der Magistrat darüber Kenntnis, dass seit einiger Zeit vermehrt direkt an der Landstraße 3092 im Einmündungsbereich zur Hans-Meerwein-Straße sowie im Übergangsbereich zur Conradistraße z.T. sogar entgegen der Fahrtrichtung geparkt wird, und was plant der Magistrat, um der dadurch zunehmenden Gefährdung von Personen auf der Fahrbahn sowie der zunehmenden Unfallgefahr auf der L 3092 und an den Einmündungen entgegenzuwirken?

Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent*in:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Situation an der Landstraße 3092 im Einmündungsbereich zur Hans-Meerwein-Straße sowie im Übergang zur Conradistraße ist dem Magistrat bekannt. Durch den Fachdienst 35 – Sicherheit und Verkehrsüberwachung werden hier im Rahmen der Außendienste regelmäßige Kontrollen durchgeführt und Verstöße entsprechend geahndet. Im Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 14.02.2024 wurden hier 262 Verstöße geahndet.

Vom Klinikum kommend Richtung Innenstadt fehlt derzeit allerdings noch eine konkrete Beschilderung, hier sind die Fachdienste 35 und 33 - Straßenverkehrsbehörde im Austausch mit HessenMobil als Straßenbaulastträger, um dies zeitnah zu lösen und dann auch dort entsprechende Kontrollen durchführen zu können. Die Thematik steht zudem auf der Tagesordnung der AG Verkehr am 6. März 2024.

Nach Auskunft des Fachdienstes 61 – Stadtplanung und Denkmalschutz ist das UKGM gerade dabei ein umfassendes Mobilitätskonzept für den gesamten Klinikbereich erstellen zu lassen. Dieses Konzept beinhaltet auch die künftige Parksituation nach Abschluss aller Neubauten. Wann dieses Konzept vorliegen wird, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Der Fachdienst 61 steht hier mit dem UKGM im Austausch.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Jana Ullrich
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Am 18.07.2021 wurde der Antrag der Fraktion Klimaliste Marburg betr. "Maßnahmen gegen Vogelschlag an Gebäuden VO/0176/2021" von der StVV beschlossen. Inwieweit sind bei welchen Planungen bei Neubauten der Stadt Marburg und ihrer Tochtergesellschaften schon in der Planungsphase seit dem Beschluss vom 21.07.21 Konzepte gegen Vogelschlag implementiert worden?

Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Seit dem Beschluss vom 21.07.21 wurden bei den nachstehenden Planungen bei Neubauten der Stadt Marburg Konzepte gegen Vogelschlag implementiert (gem. Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde):

Neue Kita Stadtwald:

Bei dem Neubau wurden Vogelschutzmaßnahmen durch die Untere Naturschutzbehörde beauftragt. Eine Umsetzung hat noch nicht stattgefunden. Ein Muster für das Bekleben der Scheiben wurde der Unteren Naturschutzbehörde vorgelegt und freigegeben.

Sophie-v.-Brabant-Schule:

Auch dort waren Vogelschutzmaßnahmen durch die Untere Naturschutzbehörde beauftragt worden. Eine Umsetzung hat noch nicht stattgefunden.

In den nächsten Jahren sind folgende Projekte geplant, bei denen Vogelschutzmaßnahmen eine Rolle spielen:

Familienzentrum Gedankenspiel (Neubau)
Erich – Kästner – Schule (Ersatzneubau)
Emil – von – Behring-Schule (Erweiterung Cafeteria)

Eine Beantwortung durch die Tochtergesellschaft der GeWoBau und Stadtwerke ist angefragt. Sollten die Antworten nicht vorliegen, werden diese nachgereicht.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Jana Ullrich
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Wurden und werden in aktuellen und in 2023 erstellten Planungen und Baugenehmigungen generell großflächige Glasfassaden und spiegelnde Fassaden, insbesondere solche von über 20 m² und mehr noch vorgesehen oder generell vermieden?

Antwort durch:	FB 6 - Planen und Bauen
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Die Anforderungen bezüglich der Glasfassaden über 20 m² ergeben sich aus dem Hessischen Naturschutzgesetz und sind daher im Rahmen der Beteiligung im Baugenehmigungsverfahren durch die Untere Naturschutzbehörde zu prüfen. Eventuelle Auflagen bzw. Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde werden sodann in die Baugenehmigung aufgenommen.

Die Naturschutzbehörde erteilt bei Vorhaben mit größeren Glasfassaden bzw. Glasvorbauten oder exponierten Glaswänden regelmäßig Auflagen zum Vogelschutz bzw. gibt Hinweise, wie mit dem Problem des Vogelschlags umgegangen werden kann.

Dessen ungeachtet, konnte die Naturschutzbehörde bei den zur Stellungnahme vorgelegten Bauanträgen im Jahr 2023 nicht feststellen, dass bei den Planungen großflächige Glasfassaden und spiegelnde Fassaden, insbesondere solche von über 20 m² und mehr vermieden werden.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Salomon Lips
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Im Vorjahr wurde in der Stadt Frankfurt am Main eine "Gestaltungssatzung Freiraum und Klima (Freiraumsatzung)" beschlossen: https://www.bauaufsicht-frankfurt.de/fileadmin/Downloads_alle/Sonstige/Freiraumsatzung.pdf?_=1683621752
Ist eine solche "Freiraumsatzung" oder Vergleichbares aktuell in Marburg vorgesehen oder bereits in Planung? Wenn ja, bitte den aktuellen Stand der Planung angeben.

Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung & Denkmalschutz
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Eine Freiflächengestaltungssatzung für die Universitätsstadt Marburg wurde bereits entwickelt. Der Entwurf befindet sich derzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung und soll anschließend der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt werden. Die Federführung liegt beim FD Stadtgrün und Friedhöfe.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Mariele Diehl
Fraktion / Partei:	Klimaliste Marburg

Am 18.07.2021 wurde der Antrag der Fraktion Klimaliste Marburg betr. "Maßnahmen gegen Vogelschlag an Gebäuden VO/0176/2021" von der StVV beschlossen. Welche Maßnahmen sind an welchen Gebäuden, Liegenschaften und sonstigen Installationen (z. B. Buswartehäuschen), die der Stadt Marburg oder einer ihrer Tochtergesellschaften gehören, a) mittlerweile ergriffen worden und b) in den nächsten 2 Jahren geplant?

Antwort durch:	FB 8 - Immobilien & Freianlagen
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Bei nahezu allen Neubauten ist im Zuge der Leistungsphase 4 eine Genehmigungsplanung zu erstellen. Die Bauvorlage wird sodann zur Genehmigung an den FD Bauaufsicht gesendet. In der Bearbeitung wird die Untere Naturschutzbehörde bzgl. Stellungnahme mit eingebunden. Mögliche Auflagen werden sodann an den FD Hochbau mit der Genehmigung zugesendet und in der Ausführungsplanung berücksichtigt.

- a) Maßnahmen und Konzepte gegen Vogelschlag wurden in der Planungsphase an folgenden Maßnahmen berücksichtigt und befinden sich in der Umsetzung:

Neue Kita Stadtwald:

Bei dem Neubau wurden Vogelschutzmaßnahmen durch die Untere Naturschutzbehörde beauftragt. Die Umsetzung hat noch nicht stattgefunden. Ein Muster für das Bekleben der Scheiben wurde der Unteren Naturschutzbehörde vorgelegt und freigegeben.

Sophie-v.-Brabant-Schule:

Auch dort waren Vogelschutzmaßnahmen durch die Untere Naturschutzbehörde beauftragt worden. Die Umsetzung hat noch nicht stattgefunden.

- b) In den nächsten Jahren sind folgende Projekte geplant, bei denen Vogelschutzmaßnahmen eine Rolle spielen:

Familienzentrum Gedankenspiel (Neubau)
Erich-Kästner-Schule (Ersatzneubau)
Emil-von-Behring-Schule (Erweiterung Cafeteria)

Eine Beteiligung und Umsetzung erfolgt gem. zuvor genannter Vorgehensweise.

Eine Beantwortung durch die Tochtergesellschaft der GeWoBau und Stadtwerke ist angefragt. Sollten die Antworten nicht vorliegen werden diese nachgereicht.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie sehen - zeitlich und räumlich – die Planungen des Magistrats in Bezug auf einen möglichen Ausbau der Alten Weinstraße als asphaltierte, eventuell verbreiterte Fahrradstrecke aus?

Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent*in:	Stadtrat Dr. Michael Kopatz

Stellungnahme/Antwort:

Für den Ausbau der Alten Weinstraße laufen bislang überhaupt keine Planungen. Insbesondere für eine Asphaltierung gibt es keine Planungen. Es ist auch nicht geplant, Fachgutachten zu Fauna und Flora in Auftrag zu geben. Viele andere Radwegeverbindungen haben eine höhere Priorität für die Fachplaner*innen der Stadtverwaltung.

Auch der Radverkehrswegeplan der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf sieht aktuell keinen Ausbau der Radwegeverbindung über die Alte Weinstraße vor (Seite 246, Maßnahme 7.4.17 Wehrshausen): Darin geplant ist die Radwegeanbindung nach Michelbach ab „Drei Linden“ runter zu den Neuhöfen, von dort nach Wehrshausen und ab Wehrshausen dann parallel zur Kreisstraße bis Michelbach.

Die Alte Weinstraße ist im Abschnitt zwischen der Graf-von-Stauffenberg-Straße und „Drei Linden“ bereits asphaltiert. Hier gibt es erste Vorgespräche darüber, dieses Teilstück im Rahmen von Leitungsarbeiten der Stadtwerke Marburg zu erneuern. Zeitplanungen gibt es hierfür allerdings noch keine.

Der weiterführende Teil der alten Weinstraße von den „Drei Linden“ nach Wehrshausen bzw. Oberer Rotenberg ist bereits ein Wirtschaftsweg und wird für die Freizeitgestaltung zum Spaziergehen und Wandern sowie durch landwirtschaftlichen Verkehr genutzt. Dieser Teil ist mit einer wassergebundenen Decke versehen und wegen der landwirtschaftlichen Nutzung stärkeren Belastungen ausgesetzt. Klar ist, dass Wirtschaftswege von Zeit zu Zeit instandgesetzt werden müssen – auch im Bereich der Alten Weinstraße. Auch dies steht allerdings derzeit nicht an und ist auch nicht in Planung.

Dr. Michael Kopatz
Stadtrat

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie ist der Umsetzungsstand des StVV-Beschlusses für eine bessere Sichtbarmachung und stärkere öffentliche Wahrnehmung des Deserteursdenkmals in der Frankfurter Straße mitsamt der Aufforderung an den Magistrat, der StVV einen Entwurf vorzulegen (VO/6387/2018)?

Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent*in:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Angesichts der Auslastung der Fachbereiche Bauen und Planen sowie Immobilien und Freiflächen wurde der Erinnerungsprozess zweistufig aufgeteilt. Für eine stärkere öffentliche Wahrnehmung des Deserteursdenkmals soll zunächst eine gründliche inhaltliche Aufarbeitung des Unrechts erfolgen. Zur wissenschaftlichen Grundlegung hat der Fachdienst Kultur eine Studie bei Klaus-Peter Friedrich beauftragt, die sich mit den (Todes-)Opfern der Marburger Wehrmachtjustiz befasst. Darin sollen aussagekräftige Lebenswege recherchiert und vorgestellt werden. Die Arbeit, ihre Veröffentlichung und ggf. begleitende Internetpräsentationen sollen mit der nötigen Sensibilität die Aufmerksamkeit auf den Sachverhalt lenken.

Mit diesen Erkenntnissen soll in einem zweiten Schritt die Sichtbarmachung des Denkmals erfolgen.

Zur visuellen Sichtbarmachung wurden von Seiten des FD Stadtplanung und Denkmalschutz eine mögliche Umgestaltung des derzeitigen Standortes des Deserteurdenkmals diskutiert. Da dieser Bereich der Frankfurter Straße derzeit als Parkplatz für den MIV genutzt wird, wäre bei der visuellen Sichtbarmachung auch mit dem ruhenden Verkehr in diesem Bereich anders umzugehen. Die Hochschule Geisenheim hat im laufenden Wintersemester 2023/2024 im Bereich Freiraumplanung | Städtebau Studienarbeiten für die Umgestaltung der Frankfurter Straße in Marburg mit Einbezug des Deserteurdenkmals erarbeitet. Die Ergebnisse werden in einer der kommenden Sitzungen des Beirates für Stadtgestaltung der Universitätsstadt Marburg – im öffentlichen Sitzungsteil – vorgestellt werden, voraussichtlich am 26.06.2024.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie bewertet der Magistrat die vor zehn Jahren erfolgte Neuorganisation der Altkleiderverwertung durch Aufstellung von Containern auf öffentlichen Flächen und Sammlung durch den städtischen DBM (VO/3395/2014)?

Antwort durch:	Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM)
Dezernent*in:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Mit der in 2014 erfolgten Neuorganisation der Altkleidersammlung und -verwertung in Marburg und die Übertragung der Aufgabe auf den DBM konnten mehrere damit verbundene Ziele erreicht werden:

+ die Übertragung der Altkleidersammlung auf den DBM hat im Ergebnis dazu geführt, dass seit dem ein flächendeckendes und zuverlässiges Sammelsystem für die Bürgerinnen und Bürger etabliert werden konnte.

+ die Stadt Marburg konnte nach der Vergabe der Stellplätze an die gewerblichen Sammler in der Vergangenheit keinen Einfluss auf die Organisation und Durchführung nehmen; heute hat die Stadt eine Steuerungsfunktion; insbesondere bedeutet dies auch, dass es keinen Wettbewerb mit den karitativen Sammlungen, wie z.B. durch das Deutsche Rote Kreuz, sondern ein kooperatives Miteinander gibt.

+ die Altkleidersammlung durch den DBM verfolgt, entgegen der Zielsetzung der gewerblichen Sammlung, keine gewinnorientierten Ziele. Vielmehr bietet das Aufgabengebiet gleichzeitig auch die Möglichkeit, z.B. Kolleginnen und Kollegen des DBMs aus der Abfallwirtschaft, einen Arbeitsplatz anzubieten, der ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Zu erwähnen ist hierbei natürlich auch, dass die für die Altkleidersammlung eingesetzten Kollegen des DBM nach dem Tarifvertrag des TVöD bezahlt werden.

+ durch eine konsequente Zusammenarbeit zwischen dem Ordnungsamt und dem DBM wurden „wild“ aufgestellte Altkleidercontainer im Stadtgebiet nahezu vollständig entfernt. Aktuell gibt es in Marburg nur noch einige, in Summe wenige, Standorte auf Privatgrundstücken, an denen Altkleidercontainer gewerblicher Anbieter aufgestellt sind, worauf die Stadt aber keinen Einfluss hat.

+ Darüber hinaus ist an dieser Stelle noch zu erwähnen, dass ab 2025 alle Städte und Kommunen gesetzlich verpflichtet sind, ein entsprechend organisiertes,

flächendeckendes Sammelsystem für Altkleider ihren Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Marburg hat dies durch den DBM bereits umgesetzt.

Unter Betrachtung der genannten Aspekte wird im Ergebnis sehr deutlich, dass die Übertragung der Altkleidersammlung auf den DBM für die Stadt Marburg die richtige Entscheidung war und auch weiterhin ist.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. Februar 2024

Fragesteller*in:	Philip Knaack
Fraktion / Partei:	CDU/FDP/BfM

Am 28.05.2021 wurde die Universitätsstadt Marburg beauftragt, zu prüfen, "welche Möglichkeiten bestehen, auf den verschiedenen Außengeländen der Marburger Kitas und Schulen Bedingungen für die Errichtung von Lernbereichen und Aufenthaltsbereichen im Freien herzustellen." Welche Möglichkeiten haben sich seitdem in Hinblick auf Lern- und Aufenthaltsbereiche im Freien für die Marburger Schulen und Kitas ergeben?

Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent*in:	Bürgermeisterin Nadine Bernshausen

Stellungnahme/Antwort:

Die Antwort wurde aus verschiedenen Fachdiensten zusammengetragen, da dies eine übergreifende Aufgabe ist, deren Realisierung aber ganz überwiegend beim Fachdienst Hochbau und Fachdienst Stadtgrün und Friedhöfe liegt.

Alle Kitas, unabhängig davon, ob sie in städtischer oder Freier Trägerschaft sind, verfügen über ein Außengelände. Die Größe und Ausstattung ist jeweils unterschiedlich, weil abhängig von Gelände und zur Verfügung stehender Fläche.

Auf den Außengeländen der Kitas können Kinder vielfältige Bewegungserfahrungen machen, darüber hinaus werden dort auch Situationen für soziales Lernen, Sprachförderung, Kreativität, Naturerfahrungen, mathematisches Verständnis sowie auch zum Spielen geschaffen.

Bei allen Neubauten werden die Außengelände grundsätzlich als pädagogischer Raum betrachtet und so gestaltet, dass individuelle sinnliche Erfahrungen möglich sind (Bewegung, Sinneserfahrungen u.v.m.). Bei dem 2023 eröffneten Neubau im Stadtwald schließt zum Beispiel das Konzept zum Außengelände auch die Begegnung mit Tieren ein ("Ziegenbalkon").

Der Aufenthalt im Außengelände und im Wald ist in allen Einrichtungen Teil des pädagogischen Alltags, die Angebote des bsj und der Landesinitiative "Abenteuer Kindheit" werden von den Kitas gerne genutzt. Die 4 Standorte der Waldkindergärten in Cappel, Ortenberg und Wehrda sind ohnehin auf den Aufenthalt im Wald ausgerichtet.

Prominentes Projekt zu einer partizipativen Gestaltung des Außengeländes ist außerdem das Vorhaben in der Kita Karlsbader Weg 5 im Jahr 2023: Dort wurde unter Beteiligung von Team, Eltern und Kindern und unter Begleitung von ALEA-

construct ein Teil des Außengeländes umgestaltet, um noch bessere Bedingungen für den Aufenthalt zu schaffen.

Die städt. Einrichtung Friedrich-Fröbel-Straße in Michelbach legt ihren Schwerpunkt insgesamt auf Umweltpädagogik und Nachhaltigkeit.

Kita Goldberg, Interimsstandort August-Bebel-Platz, Cappel:

2024(2025) Verbesserung der grundsätzlichen Bedingungen durch Herstellung eines beispielbaren Bodens

für einen Teilbereich, Herstellung Klettermöglichkeiten und Anpassung Größe Sandfläche auf Bedarf

(alles oder mindestens teilweise in 2024)

Kita Bauerbach:

2024/2025 Erweiterung der Freianlagen durch zusätzliche Fläche für Krippenkinder (auf dem Schulgelände der Grundschule). 2024 Vorbereitung der Fläche (Zaunumbau u.a.), 2025 Einbau Spielgerät.

Krippe Försterweg und Krippe Karlsbader Weg:

Neuanlage von Aufenthalts-, Spiel- und Treffbereichen in der Außenanlage für Zusammenkünfte z.B. "Morgenkreis".

An verschiedenen Marburger Schulen (Gymnasium Philippinum, Martin-Luther-Schule, Erich Kästner-Schule, Richtsberg Gesamtschule, Grundschule Michelbach) wurden oder werden Außenklassenzimmer errichtet. Ein solches Außenklassenzimmer besteht grundsätzlich aus Steinen/Felsblöcken und ist ohne Überdachung. Außenklassenzimmer sind ein Angebot, normale Unterrichtseinheiten bei passendem Wetter nach interner Absprache nach außen zu verlegen und bieten besondere Gelegenheit, Natur und Naturerfahrung in den Unterricht zu integrieren.

An der Waldschule Wehrda, der Erich Kästner-Schule, der Grundschule Marbach und in den Verbund Grundschulen West am Standort Einhausen finden regelmäßig sogenannte Waldprojekte statt. Hierbei gehen die Schüler*innen regelmäßig im Rahmen des ganztägigen Angebots mit Lehrkräften und/ oder päd. Fachkräften in den Wald, um erlebnispädagogische Erfahrungen zu machen, zu experimentieren oder auch Unterrichtsinhalte praktisch erfahrbar zu machen.

Im Rahmen von Neugestaltungen bzw. Ergänzungen in den Freianlagen wurden an folgenden Kitas und Schulen Maßnahmen zur Errichtung von Aufenthalts- und Lernbereichen im Freien durchgeführt bzw. sind in Planung:

Gymnasium Philippinum, Gestaltung „Hinterer Schulhof“:

Ende 2020 / Anfang 2021 wurde der hintere Schulhof als Beteiligungsprojekt mit der Schule und mit einer externen Firma sowie mit dem DBM neugestaltet. Im Zuge dessen wurde ein Sitzrondell aus Natursteinblöcken als „Grünes Klassenzimmer“,

ein Schulgarten sowie ein „Lernteich“ angelegt. Zudem wurde das gesamte Gelände mit Saatgutmischungen für diverse Wiesentypen, Blumenrasen und Trockenstandorte versehen. Der „Hintere Schulhof“ fungiert als Aufenthalts-, Projekt- und Lernort.

Gymnasium Philippinum, Innenhof:

Im Jahr 2025 wird der Innenhof des Gymnasium Philippinum neugestaltet. Die bestehende "Betonwüste" soll gegen ein naturnahes Gestaltungskonzept getauscht werden, das den Fokus auf einen hohen Standard an Aufenthaltsqualität, die zum Verweilen und Lernen einlädt, sowie auf Klimaschutz legt. Hier handelt es sich um ein Beteiligungsprojekt, welches von der Deutschen Umwelthilfe begleitet wird.

Erich Kästner-Schule:

Die Erich Kästner-Schule wird im Zuge des derzeit in Umsetzung befindlichen Neubaus auch einen neuen Schulhof erhalten. Die neue Schulhofgestaltung liegt im Entwurf vor und bietet der Schule sowohl einen deutlichen Mehrwert an ruhigen Aufenthaltsmöglichkeiten (z. B. ruhige Sitzbereiche oberer Schulhof, Außensitzbereich Cafeteria etc.) sowie Bereiche, an denen Unterricht und Lernen im Freien möglich ist (z. B. Sitzstufen Böschungsbereich zum Oberen Schulhof).

Martin-Luther-Schule:

An der Martin-Luther-Schule ist im Jahr 2021 ein neuer Schulgarten mit Pflanzflächen und Hochbeeten zur Eigenbewirtschaftung sowie mit diversen Obstgehölen und bodendeckenden essbaren Wildkräutern angelegt worden. Die Anlage kann durch befestigte Flächen barrierefrei erreicht und erschlossen werden.

Elisabethschule:

Für das Jahr 2024 ist vorgesehen, auf dem Gelände der Elisabethschule einen Schulgarten und ein Grünes Klassenzimmer zu errichten.

Schule am Schwanhof:

Die Schule am Schwanhof hat im Jahr 2022 einen Schulgarten im Bereich der Neuen Sporthalle erhalten. Der Schulgarten beinhaltet unterschiedliche Obstgehölze, Wildgehölze mit essbaren Früchten, bodendeckende essbare Wildkräuter als Unterwuchs, eine Kräuterspirale, offene Beetflächen für die schuleigene Bewirtschaftung sowie eine Rasenfläche, auf der das gesellige Beisammensein nach getaner Gartenarbeit möglich ist.

Schule am Schwanhof:

Auf dem Schulgelände wurde in 2023 ein alter Sitzbereich aus Beton gegen ein Sitzrondell aus Naturstein ausgetauscht, das in seiner Art und Materialität mehr Atmosphäre schafft und somit zum Beisammensitzen und Lernen im Freien einlädt.

Adolf-Reichwein-Schule:

Im Bereich des Sportfeldes wurde in den Jahren 2022 und 2023 die vorhandene Tribüne mittels Pflaster ausgebaut und durch Natursteinblöcke als zusätzliche Sitzelemente bogenförmig erweitert. Hierdurch besteht auch außerhalb des Sports die Möglichkeit des „Zusammenseins“. Zudem wurde eine neue Grillstelle durch im Radius gesetzte Natursteinblöcke hergestellt.

2024 und folgende Jahre: Umgestaltung des zentralen Schulhofes mit Verbesserung der Aufenthaltsqualität, weiterem Grünem Klassenzimmer, attraktiven Sitzbereichen, Callisthenicsanlage (auch mit Gerät für Rollstuhlfahrer) und freien Räumen zur individuellen Nutzung bzw. als Ausstellungsraum für Schülerprojekte.

Richtsberg-Gesamtschule:

2025/2026 Neugestaltung eines Teils der Freianlagen im Zuge der Modulbauaufstellung.

Neues Grünes Klassenzimmer gleichzeitig als Bühne nutzbar.

In Planung, nicht genau zu datieren: Übergang Richtsberg-Gesamtschule zur Astrid-Lindgren-Schule soll umgestaltet und dadurch attraktiver und besser nutzbar gemacht werden.

Grundschule Michelbach:

An der Grundschule Michelbach ist im Jahr 2023 ein großer Außenklassenzimmerbereich aus mehrreihig, bogenförmig angeordneten Natursteinquadern weitestgehend angelegt worden. Die Anlage wird in diesem Jahr fertig gestellt.

Nadine Bernshausen
Bürgermeisterin